VSE/AES

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin.ch : Fachzeitschrift und Verbandsinformationen von Electrosuisse, VSE = revue spécialisée et informations des associations Electrosuisse, AES**

Band (Jahr): **104 (2013)**

Heft 4

PDF erstellt am: **31.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Ermutigender Vorschlag

Peter Betz,
Bereichsleiter Technik und Berufsbildung des VSE

Nachdem in der energiepolitischen Debatte bisher die Art und Weise der Stromproduktion und Fragen zur Energieeffizienz im Vordergrund standen, hat das Bundesamt für Energie nun endlich einen bisher weniger diskutierten Punkt aufgegriffen und ein Detailkonzept zur Strategie Stromnetze vorgelegt. Der VSE begrüsst die Stossrichtung dieses Entwurfs ausserordentlich und hat dies in der vor einem Monat zu Ende gegangenen Vernehmlassung klar zum Ausdruck gebracht. Die Stromnetze sind zusammen mit den Speichermöglichkeiten eine Grundvoraussetzung, um die Ziele der Energiestrategie 2050 erreichen zu können. Ihr Ausbau muss deutlich schneller vorangehen als heute möglich, um die Schritte in die neue Stromzukunft im geplanten Tempo machen zu können.

Die überwiegende Zahl der Netzprojekte bilden heute Umbauten, Spannungs- und Kapazitätserhöhungen oder der Ersatz von Anlagen. Diese Vorhaben sind durch den Verzicht auf ein Plangenehmigungsverfahren oder zumindest ein vereinfachtes Plangenehmigungsverfahren deutlich zu beschleunigen, kommt es doch in diesen Fällen nur zu geringen baulichen Veränderungen. In diesem Punkt benötigt das Konzept des Bundes daher eine Ergänzung.

Weiter geht durch den Wechsel der Leitbehörde vom Eidgenössischen Starkstrominspektorat (ESTI) zum Bundesamt für Energie heute ausserordentlich viel Zeit verloren. Der VSE schlägt deshalb vor, die Kompetenzen auf eine Behörde – das ESTI – zu konzentrieren, wie dies bereits der Fall war, bevor das Koordinationsgesetz und die damit zusammenhängende Teilrevision des Elektrizitätsgesetzes erlassen wurde.

Neben schnelleren Verfahren ist es entscheidend, dass die Netzbetreiber bei ihren Investitionen Rechtssicherheit besitzen. Deshalb braucht es klare, verbindliche Kriterien, wann eine Leitung als Freileitung oder als Kabel gebaut werden soll. Zudem muss feststehen, dass die Kosten von smarten Netztechnologien von der Elektrizitätskommission anerkannt werden.

Der VSE ist überzeugt, dass mit diesen Anpassungen eine Gesetzgebung entsteht, die im Netzbereich eine zuverlässige Stromversorgung auch morgen ermöglicht.

Une proposition encourageante

Peter Betz,
Responsable Technique et Formation professionnelle de l'AES

Jusqu'à maintenant, le débat en matière de politique énergétique a essentiellement porté sur la façon de produire l'électricité, ainsi que sur les questions d'efficacité énergétique. Récemment, l'Office de l'énergie s'est enfin penché sur un thème nettement moins discuté et a élaboré un concept détaillé pour la stratégie des réseaux électriques. L'AES salue l'orientation prise par ce projet et a exprimé son approbation dans le cadre de la consultation qui a pris fin il y a un mois.

Les réseaux électriques et les possibilités de stockage sont une condition nécessaire pour atteindre les objectifs de la stratégie énergétique 2050. Leur extension doit se faire bien plus rapidement qu'aujourd'hui si nous souhaitons avancer au rythme prévu en faveur d'un nouvel avenir énergétique.

La majorité des projets du réseau consistent en des transformations, des remplacements d'installations ou une augmentation de la tension et des capacités. Il s'agit d'accélérer leur mise en oeuvre en renonçant à la procédure d'approbation, ou du moins en la simplifiant, puisque de tels projets n'impliquent que des modifications de construction minimes. Sur ce point, le concept de la Confédération nécessite un complément.

De plus, le transfert de l'autorité de l'Inspection fédérale des installations à courant fort (ESTI) à l'Office fédéral de l'énergie fait perdre énormément de temps. Pour cette raison, l'AES propose de donner les compétences à une seule autorité, l'ESTI, comme c'était le cas avant que ne soient édictées la Loi de coordination et la révision partielle de la Loi sur les installations électriques.

En plus d'une procédure accélérée, les gestionnaires de réseau doivent aussi obtenir davantage de sécurité juridique pour leurs investissements. C'est pourquoi, il faut des critères clairs et contraignants pour définir si une ligne électrique doit être aérienne ou enterrée. Il faut également stipuler que les coûts liés au smart grid doivent être reconnus par la commission de l'électricité.

L'AES est convaincue qu'avec ces adaptations, la législation permettra de garantir au niveau du réseau un approvisionnement électrique fiable, également pour demain.

Bundesgerichtliches zu den Wasserrechtskonzessionen

Teil 1: Sachverhalt und Wasserrechtskonzessionsrecht

In den nächsten Jahren laufen etliche Wasserrechtskonzessionen aus. Einige Konzessionäre werden daher ihren Konzessionsvertrag vertieft analysieren. Zentral wird dabei der Bundesgerichtsentscheid 2C_258/2011 vom August 2012 sein. Dieser befasst sich mit allgemeinen Fragen des Wasserrechtskonzessionsrechts und der Auslegung von Konzessionsverträgen. Auf Ersteres wird nachfolgend eingegangen, Letzteres wird im zweiten Teil des Artikels behandelt, der im Mai-Bulletin erscheint.

Susanne Leber

Der Entscheid des Bundesgerichts 2C_258/2011 vom 30. August 2012 (BGE) [1] hatte die nachfolgend beschriebene Ausgangslage.

Sachverhalt

Die Behörden der Kantone Z., S. und Z., alle Anrainer eines Fliessgewässers, verhandelten mit den SBB über die Verleihung einer Wassernutzungskonzession. Die Verhandlungen endeten 1919 mit der Erteilung einer Konzession gemäss Wasserrechtsgesetz (WRG) [2] an die SBB. Artikel 13 des Konzessionsvertrags lautet wie folgt:

«Die Verleihung wird auf die Dauer von 50 Jahren erteilt, beginnend mit dem Datum der Betriebseröffnung, welches von der Konzessionärin den drei Kantonen mitzuteilen ist.

Die Kantone erklären sich grundsätzlich bereit, die Verleihung auf Wunsch der Konzessionärin nach Ablauf von 50 Jahren auf weitere 50 Jahre zu erneuern, vorbehältlich einer Neufestsetzung der für die Erneuerung der Verleihung zu zahlenden einmaligen Entschädigung und der jährlich zu entrichtenden Wasserrechtszinse. Die einmalige Entschädigung, die Wasserrechtszinse und die im Kanton S. abzugebende Vorzugskraft dürfen auf keinen Fall weniger betragen als die für die erstmalige Konzessionsdauer durch diese Verleihung festgesetzten Beträge. Können sich die Verleihungsbehörden und die Konzessionärin über die Höhe der einmaligen Entschädigung und der Wasserrechtszinse und über die Grösse der im Kanton S. abzugebende Vorzugskraft nicht einigen, so entscheidet darüber der Bundesrat.

Die Kantone Z., S. und Z. verzichten auf das Recht des Rückkaufs der Wasserwerkanlage nebst Zubehörden.»

Zusatzvereinbarung mit zwei Bezirken

Die Konzession wurde im Jahr 1919 von einem der Kantone unterzeichnet. Im Kanton S. erhob sich aus zwei Bezirken Opposition gegen die Konzessionserteilung, woraufhin die SBB mit diesen beiden Bezirken je eine Zusatzvereinbarung abschloss. Die beiden Zusatzvereinbarungen enthielten unter anderem eine gleichlautende Klausel mit folgendem Wortlaut:

«Die Bundesbahnen anerkennen folgende Auslegung von Art. 13 Abs. 2 und 3 der Konzession:

a) Die Bestimmungen über das Recht auf Erneuerung der Konzession und den Verzicht auf den Rückkauf der Wasserwerkanlagen gelten nur gegenüber den Bundesbahnen oder einer Gesellschaft, die den Betrieb der Bundesbahnen übernimmt, aber nicht gegenüber einem anderen Rechtsnachfolger, Mit- oder Unterkonzessionär.

b) Wenn die Konzession infolge Verzicht seitens der Bundesbahnen beziehungsweise der in lit. a erwähnten Gesellschaft oder durch Verwirkung erlischt oder wenn sie nach Ablauf der 50-jährigen Dauer nicht mehr erneuert wird, so tritt der Heimfall des ganzen Werkes ein, wobei nach Art. 67 und 68 des BG über die Nutzbarmachung der Wasserkräfte vom 22. Dezember 1916 vorzugehen ist.»

In der Folge unterzeichneten auch die Kantone S. und Z. im Jahr 1929 die Konzession. Das Wasserkraftwerk wurde 1937 in Betrieb genommen.

Bundesgerichtsurteil von 1988 zur gleichen Konzession

Als die SBB vor Ablauf der ersten 50 Jahre Konzessionsdauer mit den Kantonen Verhandlungen für eine Konzessionsverlängerung aufnahmen, erklärte der Kanton S. und seine zwei Bezirke vorsorglich den Heimfall per 30. September 1987. Die SBB liessen daraufhin vom Bundesgericht ihren Rechtsanspruch auf Erneuerung der Konzession um weitere 50, allenfalls 30 Jahre feststellen.

Das Bundesgericht hielt in seinem Urteil vom 11. Juli 1988 [3] fest, dass den SBB ein Rechtsanspruch auf Erneuerung des Vertrages von 1919/1929 für die Nutzung der einschlägigen Wasserkräfte bis ins Jahr 2017 zustehe, unter dem Vorbehalt der Neufestsetzung der einmaligen Entschädigung, der jährlichen Wasserzinse, der im Kanton S. abzugebenden Vorzugskraft sowie der Massnahmen, die gestützt auf das Fischereigesetz und das Natur- und Heimatschutzgesetz auch im Rahmen einer bestehenden Konzession anzuordnen sind. Es hielt zudem fest, dass die Frist nach Artikel 13 Absatz 1 der Konzession auch gegenüber dem Kanton S. am 12. Mai 1987 ausgelaufen ist.

UVEK-Verfügung vom November 2009

Im Hinblick auf eine Erneuerung der Konzession und auf deren Ablauf im Jahr 2017 haben die SBB mit den drei Kantonen wiederum Verhandlungen aufgenommen. Diese machten den Heimfall des Wasserkraftwerks per 12. Mai 2017 geltend.

Gestützt auf das Gesuch der SBB stellte das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation mit Verfügung vom 26. November 2009 fest, dass am Wasserkraftwerk per Ablauf der Konzession im Jahr 2017 kein Heimfalls-

recht bestehe. Die von den betroffenen Kantonen und Bezirke beim Bundesverwaltungsgericht erhobene Beschwerde wies dieses am 11. Februar 2011 ab.

Im März 2011 erhoben die drei Kantone und die beiden Bezirke gemeinsam beim Bundesgericht eine Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten, unter anderem mit dem Begehren, dass zugunsten der Beschwerdeführer, eventuell zugunsten eines Teils von ihnen, ein Heimfallsrecht bestehe und dass sie dieses rechtsgültig ausgeübt hätten. Das Bundesgericht hat die Beschwerde am 30. August 2012 abgewiesen.

Materielle Aussagen

Der Entscheid des Bundesgerichts 2C_258/2011 vom 30. August 2012 geht auf verschiedene Grundfragen des Wasserrechtskonzessionsrechts ein.

Inhalt der Konzession

Das WRG bestimmt in Artikel 54 den obligatorischen Mindestinhalt der Konzession. Es sind dies:

- die Person des Konzessionärs;
- der Umfang des verliehenen Nutzungsrechts mit Angabe der nutzbaren Wassermenge und der Dotierwassermenge pro Sekunde sowie die Art der Nutzung;
- bei Ableitungen und Speicherungen die einzuhaltende Restwassermenge pro Sekunde sowie Ort und Art der Registrierung;
- weitere Bedingungen und Auflagen, die gestützt auf andere Bundesgesetze festgelegt werden;
- die Dauer der Konzession;
- die dem Konzessionär auferlegten wirtschaftlichen Leistungen wie Wasserzins, Pumpwerkabgabe, Abgabe von Wasser oder elektrischer Energie und andere Leistungen, die sich nach Massgabe besonderer Vorschriften aus der Nutzung der Wasserkraft ergeben;
- die Beteiligung des Konzessionärs am Unterhalt und an der Korrektion des Gewässers;
- die Fristen für den Beginn der Bauarbeiten und die Eröffnung des Betriebes;
- die allfälligen Rechte auf Beanspruchung des Heimfalls und auf Rückkauf des Werkes;
- das Schicksal der Anlagen beim Ende der Konzession;
- das Schicksal allfälliger Ersatzleistungen an andere Konzessionäre beim Ende von deren Konzession.

Zusätzlich zu diesem obligatorischen Mindestinhalt gemäss Bundesrecht können gestützt auf die kantonalen Rechte weitere Inhaltsvorschriften anwendbar sein (Art. 48 WRG; BGE, E. 3).

Dauer der Konzession

Nach Artikel 58 WRG ist die Konzessionsdauer auf 80 Jahre beschränkt, berechnet ab Eröffnung des Betriebs. Diese Maximaldauer darf bei der Erteilung und einer allfälligen Verlängerung der Konzession insgesamt nicht überschritten werden (BGE, E. 8.8.1). Die Pflicht zur Befristung (wenn auch nicht auf nur 80 Jahre) gilt auch für im 19. Jahrhundert respektive überhaupt altrechtliche [4] ohne zeitliche Begrenzung erteilte Wasserrechtskonzessionen; diese müssen von der Konzessionsbehörde nachträglich befristet werden. [5]

Dabei ist nicht notwendig, dass die Konzessionsbehörde sämtliche anderen Wasserkonzessionen aus derselben Zeit, die nicht befristet sind, ebenfalls gleichzeitig befristet, sondern es ist den Umständen des Einzelfalls Rechnung zu tragen. [6] Für die nachträgliche Befristung von vor dem 25. Oktober 1908 unbefristet erteilten Wasserrechtkonzessionen ist das damals geltende kantonale Recht anwendbar. [7]

Heimfall

Das Heimfallrecht wird umschrieben als «… das Recht des konzedierenden Gemeinwesens, bei Ablauf der Konzessionsdauer die vom Konzessionär erstellten Anlagen samt den damit verbundenen dinglichen Rechten unentgeltlich zu erwerben.» (BGE, E. 3). Bestimmt die Konzession nichts anderes, ist das verleihungsberechtigte Gemeinwesen befugt, beim Heimfall eines Werkes:

- die auf öffentlichem oder privatem Boden errichteten Anlagen zum Stauen oder Fassen, Zu- oder Ableiten des Wassers, die Wassermotoren mit den Gebäuden, in denen sie sich befinden, und den zum Betrieb des Wasserwerks dienenden Boden unentgeltlich an sich zu ziehen;
- Anlagen zum Erzeugen und Fortleiten elektrischer Energie gegen eine billige Entschädigung zu übernehmen.

Bei den vorgenannten in Artikel 67 Absatz 1 WRG unter anderem erwähnten sogenannten hydraulischen oder «nassen Teilen» des Werkes handelt es sich beispielsweise um Stau- und Fassungsanlagen, Zu- und Ableitungen des Wassers, Turbinenanlagen inklusive des zum Betrieb dienenden Grund und Bodens.

Die oben erwähnten Anlagen zum Erzeugen und Fortleiten elektrischer Energie sind die elektrischen Teile wie etwa die Leitungen oder der Generator. [8]

Wichtig zu wissen ist, dass Artikel 67 WRG kein gesetzliches Heimfallrecht begründet. Ein Heimfallrecht muss sich aus dem kantonalen Recht ergeben oder im Konzessionsvertrag vereinbart sein. [9]

Rechtsweg

Streitigkeiten zwischen dem Konzessionär und der Konzessionsverleihungsbehörde über die Rechte und Pflichten aus dem Konzessionsverhältnis werden vom Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation mittels Verfügung geregelt, wenn die Konzession von mehreren Kantonen verliehen worden ist (Art. 71 WRG). Diese Verfügung kann mit Beschwerde an das Bundesverwaltungsgericht und dessen Entscheid mit öffentlichrechtlicher Beschwerde an das Bundesgericht weitergezogen werden (BGE, E. 1.1).

Stammt die Konzession von einem einzelnen Kanton, so ist in solchen Streitigkeiten, soweit das WRG und die Konzession nichts anderes bestimmen, als erste Instanz die zuständige kantonale Gerichtbehörde und als zweite Instanz das schweizerische Bundesgericht anzurufen (Art. 71 Abs. 1 WRG).

Referenzen

[1] Bundesgerichtsentscheid 2C_258/2011 vom 30. August 2012.
[2] Bundesgesetz vom 22. Dezember 1916 über die Nutzbarmachung der Wasserkräfte, Wasserrechtsgesetz, WRG, SR 721.80. Dieses Gesetz wurde 1996 teilrevidiert und ist in der heutigen Fassung seit Mai 1997 in Kraft (Ziff. I des BG vom 13. Dezember 1996; AS 1997 991; BBl 1995 IV 991).
[3] Urteil des Bundesgerichts A 188/1987 vom 11. Juli 1988.
[4] Also vor dem 25. Oktober 1908 begründete Wasserrechte; vgl. Art. 58 in Verb. mit Art. 74 Abs. 2 WRG.
[5] BGE 127 III 69, 78 E. 5 c bezüglich einer 1866 zeitlich unbefristet erteilten Wasserrechtskonzession.
[6] BGE 127 III 69, insbesondere 79.
[7] BGE 97 II 390, insbesondere 401 f., E. 10.
[8] Ulrich Gadient: Der Heimfall im Wasserrecht des Bundes und der Kantone, Dissertation Zürich 1958, S. 82 f.; Rolf H. Weber, Brigitta Kratz: Elektrizitätswirtschaftsrecht, Bern 2005, § 6 N 103.
[9] BGE, E. 3 sowie Art. 67 Abs. 1 lit. a und Art. 54 lit. i WRG.

Angaben zur Autorin

Susanne Leber, Rechtsanwältin, MBA und Wirtschaftsmediatorin SGO, ist VSE-Ressortleiterin Recht.
susanne.leber@strom.ch

Anzeige

Die Beiträge dieser Ausgabe finden Sie auch unter www.bulletin-online.ch

Einladung zur 124. (ordentlichen) Generalversammlung des VSE

Donnerstag, 23. Mai 2013, um 10.15 Uhr

Kultur- und Kongresszentrum Trafo Baden, Brown-Boveri-Platz 1, 5400 Baden

Programm

ab 9.00 Uhr
- Eintreffen der Gäste, Empfang

10.15 Uhr
- Präsidialreferat
- Bericht des Direktors
- Generalversammlung
- Grussadresse, Stephan Attiger, Vorsteher des Departements Bau, Verkehr und Umwelt (BVU)
- Gastreferat
- Grussadresse, Peter Bühler, Vorsitzender der Geschäftsleitung AEW Energie AG

12.30 Uhr
- Apéro/Stehlunch

Traktanden

1. Wahl der Stimmenzähler und der Protokollführerin
2. Protokoll der 123. (ordentlichen) Generalversammlung vom 10. Mai 2012 in Fribourg
3. Genehmigung des Jahresberichts 2012
4. Genehmigung der Jahresrechnung VSE 2012
5. Genehmigung des Revisionsberichts 2012
6. Entlastung des Vorstands und der Geschäftsführung
7. Festsetzung des Betrags pro Beitragseinheit für die Mitgliederbeiträge 2014
8. Wahlen
   8.1 Mitglieder des Vorstands
   8.2 Revisionsstelle
9. Anträge von Mitgliedunternehmen
10. Verschiedenes

Invitation à la 124e Assemblée générale (ordinaire) de l'AES

Jeudi 23 mai 2013, à 10 h 15

Centre de Culture et de Congrès Trafo Baden, Brown-Boveri-Platz 1, 5400 Baden

Programme

Dès 9 h
- Accueil des invités

10 h 15
- Allocution du président
- Rapport du directeur
- Assemblée générale
- Allocution de Stephan Attiger, chef du Département de la construction, des transports et de l'environnement
- Orateur invité
- Allocution de Peter Bühler, chef de la direction d'AEW Energie SA

12 h 30
- Apéritif/repas dînatoire

Ordre du jour

1. Nomination des scrutateurs et de la secrétaire de l'Assemblée
2. Procès-verbal de la 123e Assemblée générale (ordinaire) du 10 mai 2012 à Fribourg
3. Approbation du rapport annuel 2012
4. Approbation des comptes annuels de l'AES pour l'exercice 2012
5. Approbation du rapport de l'organe de révision pour l'exercice 2012
6. Décharge au Comité et à la Direction
7. Fixation du montant de l'unité de cotisation pour les cotisations de l'année 2014
8. Elections
   8.1 Membres du Comité
   8.2 Organe de révision
9. Propositions des entreprises membres
10. Divers

Anzeige

Revue de Presse Electronique

En partenariat avec Argus, l'AES propose chaque jour ouvrable une sélection de 15 à 20 articles de presse en format PDF, envoyée par email avant 11h30.
Cette prestation vous offre une vue synthétique unique de l'actualité énergétique locale, nationale et internationale. Réservée aux membres de l'AES, la revue de presse existe en deux versions différentes, pour la Romandie et pour la Suisse alémanique.
Demandez un essai gratuit durant deux semaines! (catherine.seydoux@electricite.ch)

Verband Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen
Association des entreprises électriques suisses
Associazione delle aziende elettriche svizzere
www.strom.ch
www.electricite.ch

Anträge des Vorstands an die Generalversammlung

zu Traktandum 2
Protokoll der 123. (ordentlichen) Generalversammlung vom 10. Mai 2012 in Fribourg

Antrag auf Genehmigung des Protokolls, publiziert im Bulletin SEV/VSE Nr. 8/2012.

zu Traktandum 3
Genehmigung des Jahresberichts 2012

Antrag auf Genehmigung des Jahresberichts 2012, abrufbar als PDF in Deutsch und Französisch im VSE-Extranet www.strom.ch.

zu Traktandum 4
Genehmigung der Jahresrechnung VSE 2012

Antrag auf Genehmigung der Jahresrechnung VSE 2012.

zu Traktandum 5
Genehmigung des Revisionsberichts 2012

Antrag auf Genehmigung des Revisionsberichts 2012.

Der Revisionsbericht ist in Deutsch und Französisch im VSE-Extranet www.strom.ch als PDF einsehbar.

zu Traktandum 7
Festsetzung des Betrages pro Beitragseinheit für die Mitgliederbeiträge 2014

Antrag auf Verzicht einer Erhöhung der ordentlichen Mitgliederbeiträge für das Jahr 2014.

Die ordentlichen Mitgliederbeiträge sind folgendermassen festzulegen: Variablen z auf 187 CHF und f auf 0,07 je skalierte Wertschöpfungseinheit und fb auf 0,0004.

zu Traktandum 8
Wahlen

8.1 Mitglieder des Vorstands

Antrag auf Wiederwahl für eine zweite Amtsperiode 2013–2016:
Marco Bertoli, Verzasca S.A./ESI
Andreas Widmer, WWZ Zug AG/Regionalwerke
Andreas Zimmermann, Genossenschaft Elektra, Jegenstorf/DSV

Antrag auf Wiederwahl für eine dritte Amtsperiode 2013–2016:
Dieter Gisiger, Société Electrique Intercommunale de la Côte/Multidis

Antrag auf Neuwahlen 2013–2016:
Dominique Gachoud, Groupe E/RegioGrid
Dr. Hans Schulz, Axpo Trading AG/Swisselectric
Benoît Revaz, Alpiq AG/Swisselectric

Ersatzwahl 2013–2014:
Alfred Bürkler, Swisspower Netzwerke AG/Swisspower

8.2 Revisionsstelle
Antrag auf Wahl der thv AG als Revisionsstelle für das Geschäftsjahr 2013.

Propositions du Comité à l'Assemblée générale

au point 2
Procès-verbal de la 123e Assemblée générale (ordinaire) du 10 mai 2012 à Fribourg

Approuver le procès-verbal publié dans le Bulletin SEV/AES n° 8/2012.

au point 3
Approbation du rapport annuel 2012

Approuver le rapport annuel 2012, téléchargeable sous forme de fichier PDF en allemand et en français dans la partie extranet du site www.electricite.ch.

au point 4
Approbation des comptes annuels de l'AES pour l'exercice 2012

Approuver les comptes de l'AES pour l'exercice 2012.

au point 5
Approbation du rapport de l'organe de révision pour l'exercice 2012

Approuver le rapport de l'organe de révision pour l'exercice 2012.

Le rapport de l'organe de révision est disponible en allemand et en français sous forme de fichier PDF dans la partie extranet du site www.electricite.ch.

au point 7
Fixation du montant de l'unité de cotisation pour les cotisations de l'année 2014

Renoncer à augmenter les cotisations de membres ordinaires pour 2014.

Les cotisations de membres sont fixées comme suit : variables z à CHF 187, f à 0,07 par unité de valeur ajoutée dégressive et fb à 0,0004.

au point 8
Elections

8.1 Membres du Comité

Réélection pour un deuxième mandat 2013–2016:
Marco Bertoli, Verzasca SA/ESI
Andreas Widmer, WWZ Zug AG / Entreprises régionales
Andreas Zimmermann, Genossenschaft Elektra, Jegenstorf/DSV

Réélection pour un troisième mandat 2013–2016:
Dieter Gisiger, Société Electrique Intercommunale de la Côte/Multidis

Election pour 2013–2016:
Dominique Gachoud, Groupe E/RegioGrid
Dr Hans Schulz, Axpo Trading SA/Swisselectric
Benoît Revaz, Alpiq AG/Swisselectric

Election d'un remplaçant pour 2013–2014:
Alfred Bürkler, Swisspower Netzwerke AG/Swisspower

8.2 Organe de révision
Réélection de thv SA comme organe de révision pour l'année 2013.

Erläuterungen zur Bilanz per 31. Dezember 2012

Das Umlaufvermögen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 3966 tCHF/59 %, was im Wesentlichen auf die treuhänderische Übernahme des verbleibenden Forschungsfonds PSEL zurückzuführen ist. Die Vorfinanzierung der Vorschau durch den VSE führte im Vorjahresvergleich zu einer Erhöhung der Forderungen um 486 tCHF.

Sowohl die Kreditorenbestände als auch die passive Rechnungsabgrenzung erhöhten sich geschäftsbedingt um insgesamt 329 tCHF. Die Rückstellungen stiegen um 3593 tCHF vor allem infolge Übernahme des Forschungsfonds PSEL sowie Rückstellungen für eigene Projekte.

Erläuterungen zur Erfolgsrechnung 2012

Während sich die Mitgliederbeiträge im Vergleich zum Vorjahr um –121/–2 % reduzierten, erhöhten sich die übrigen Beiträge um insgesamt +177 tCHF dank einer Zunahmen der assoziierten Mitglieder und der Projektbeiträge. Die Erlöse aus Schulungen, Kursen und Anlässen verzeichneten gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg um +509 tCHF/+18 %, vor allem dank einer positiven Entwicklung der beruflichen Weiterbildung. Die Produktverkäufe stiegen gegenüber Vorjahr um +104 tCHF/+6 %, was im Wesentlichen auf die Neuauflage des Sicherheitshandbuchs zurückzuführen ist. Die übrigen Dienstleistungserträge reduzierten sich infolge tieferer Werbe- und Inseratenein-nahmen um –23 tCHF/-2 % gegenüber Vorjahr.

Der Aufwand für Material, Waren und Dienstleistungen blieb gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert. Durch den Ausbau der Leistungen im Bereich Wirtschaft und Regulierung stiegen der Personalaufwand wie geplant um +534 tCHF/+9 % und der übrige Betriebsaufwand um +180 tCHF/+8 %. Die Übernahme des Fondsvermögens PSEL war erfolgsneutral.

Insgesamt resultierte ein Betriebsgewinn von 34 tCHF, welcher –58 tCHF/–63 % tiefer lag als im Vorjahr.

Bilanz per 31. Dezember [1000 CHF]	2012	2011
Aktiven		
Flüssige Mittel	9317	5910
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	972	486
Übrige Forderungen	199	57
Aktive Rechnungsabgrenzungen	206	275
Umlaufvermögen	**10 694**	**6728**
Wertschriften	135	139
Sachanlagen	60	65
Anlagevermögen	**195**	**204**
Total Aktiven	**10 889**	**6932**
Passiven		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	812	737
Übrige Verbindlichkeiten	268	88
Passive Rechnungsabgrenzung	753	679
Rückstellungen	5669	2076
Fremdkapital	**7502**	**3580**
Vereinskapital	325	325
Reserven	2736	2736
Kumulierter Einnahmen-/Ausgabenüberschuss	292	199
Reingewinn	34	92
Eigenkapital	**3387**	**3352**
Total Passiven	**10 889**	**6932**

Erfolgsrechnung [1000 CHF]	2012	2011
Ertrag		
Beiträge	6543	6487
Schulungen, Kurse, Anlässe	3325	2816
Verkauf Produkte	1836	1732
Übriger Ertrag	1198	1221
Ausserordentlicher Ertrag	0	0
Finanzertrag	13	10
Ausserordentlicher Ertrag aus Übernahme PSEL	**2582**	**0**
Total Ertrag	**15 497**	**12 266**
Aufwand		
Material, Waren und Dienstleistungen	4314	4322
Personal	6242	5708
Raumaufwand, Unterhalt und Reparaturen	444	448
Verwaltung, Werbung, Steuern	734	605
Beiträge an Drittorganisationen	747	712
Abschreibungen	27	27
Ausserordentlicher Aufwand	373	352
Ausserordentlicher Aufwand aus Übernahme PSEL	2582	0
Reingewinn	34	92
Total Aufwand	**15 497**	**12 266**

Précisions concernant le bilan au 31 décembre 2012

Par rapport à l'année précédente, les actifs circulants ont augmenté de 3966 kCHF, soit de 59 %. Ceci est essentiellement dû à la reprise fiduciaire des fonds restants du PSEL. Le préfinancement des Perspectives par l'AES a engendré une augmentation des créances de 486 kCHF par rapport à l'année précédente.

Aussi bien le montant des créances que les passifs transitoires ont augmenté en fonction du déroulement des affaires, soit de 329 kCHF au total. Les provisions ont augmenté de 3593 kCHF suite à la reprise fiduciaire du fonds de recherche du PSEL ainsi que du fait de propres projets.

Précisions concernant le compte de résultat 2012

Alors que les cotisations de membres ont diminué de –121/–2 % par rapport à l'année précédente, les autres cotisations ont subi une hausse de +177 kCHF au total grâce à une augmentation des membres associés et des cotisations pour projets. L'augmentation de +509 kCHF/+18 % des recettes provenant des cours, des séminaires et des manifestations par rapport à l'année précédente est essentiellement due à l'évolution positive de la formation professionnelle continue. Les ventes de produits ont augmenté de +104 kCHF/+6 % par rapport à l'année précédente avant tout du fait de la nouvelle édition du Manuel de la sécurité. Les autres produits ont enregistré une baisse de –23 kCHF/–2 % essentiellement en raison des recettes moins élevées provenant de la publicité et des annonces.

Les charges pour le matériel, les marchandises et les prestations sont restées pratiquement inchangées par rapport à l'année précédente. Suite à l'extension des prestations dans le département Economie et Régulation, les charges pour le personnel ont comme prévu augmenté de 534 kCHF/+9 % et les charges d'exploitation de +180 kCHF/+8 %. La reprise du fonds du PSEL n'a eu aucune influence sur le résultat. Il résulte globalement un bénéfice de 34 kCHF, inférieur de –58 kCHF/–63 % par rapport à l'année précédente.

Bilan au 31 décembre [1000 CHF]	2012	2011
Actifs		
Liquidités	9317	5910
Créances de fournitures et prestations	972	486
Autres créances	199	57
Actifs transitoires	206	275
Actifs circulants	**10 694**	**6728**
Titres	135	139
Immobilisations	60	65
Actifs immobilisés	**195**	**204**
Total des actifs	**10 889**	**6932**
Passifs		
Engagements pour fournitures et prestations	812	737
Autres engagements	268	88
Passifs transitoires	753	679
Provisions	5669	2076
Capitaux étrangers	**7502**	**3580**
Capital association	325	325
Réserves	2736	2736
Excédent des charges cumulé	292	199
Bénéfices nets	34	92
Capitaux propres	**3387**	**3352**
Total des passifs	**10 889**	**6932**

Compte de résultats [1000 CHF]	2012	2011
Produits		
Cotisations	6543	6487
Cours, séminaires, manifestations	3325	2816
Vente de produits	1836	1732
Autres produits	1198	1221
Produits extraordinaires	0	0
Produits financiers	13	10
Produits extraordinaires de la reprise du PSEL	2582	0
Total des produits	**15 497**	**12 266**
Charges		
Matériel, marchandises et prestations	4314	4322
Personnel	6242	5708
Charges locatives, entretien et réparations	444	448
Administration, publicité, impôts	734	605
Contributions à des organisations tierces	747	712
Amortissements	27	27
Charges extraordinaires	373	352
Charges extraordinaires de la reprise du PSEL	2582	0
Bénéfices nets	34	92
Total des charges	**15 497**	**12 266**

Erläuterungsbericht zur Jahresrechnung 2012

Als Revisionsstelle haben wir die Jahresrechnung (Bilanz und Erfolgsrechnung) des Verbands Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) für das am 31. Dezember 2012 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Für die Jahresrechnung ist der Vorstand verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, diese zu prüfen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Zulassung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Revision erfolgte nach dem Schweizer Standard zur eingeschränkten Revision. Danach ist diese Revision so zu planen und durchzuführen, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung erkannt werden. Eine eingeschränkte Revision umfasst hauptsächlich Befragungen und analytische Prüfungshandlungen sowie den Umständen angemessene Detailprüfungen der beim geprüften Unternehmen vorhandenen Unterlagen. Dagegen sind Prüfungen der betrieblichen Abläufe und des internen Kontrollsystems sowie Befragungen und weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung deliktischer Handlungen oder anderer Gesetzesverstösse nicht Bestandteil dieser Revision.

Bei unserer Revision sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Jahresrechnung nicht Gesetz und Statuten entspricht.

Aarau, 15. Februar 2013
thv AG Wirtschaftsprüfung

Rolf Kihm
Leitender Revisor
Zugelassener Revisionsexperte
Dipl. Wirtschaftsprüfer

Jörg Knecht
Zugelassener Revisionsexperte
Dipl. Wirtschaftsprüfer

Rapport concernant les comptes annuels 2012

En notre qualité d'organe de révision, nous avons vérifié les comptes annuels (bilan, compte de résultat) de l'Association des entreprises électriques suisses (AES) pour l'exercice achevé le 31 décembre 2012.

La responsabilité de l'établissement des comptes annuels incombe au Comité de l'AES, alors que notre mission consiste à vérifier ces comptes. Nous attestons que nous remplissons les exigences légales d'autorisation et d'indépendance.

Notre révision a été effectuée selon les normes de la profession suisse pour une révision restreinte. Ces normes requièrent de planifier et de réaliser la vérification de manière telle que des anomalies significatives dans les comptes annuels puissent être constatées. Une révision restreinte comprend essentiellement des questions et des analyses ainsi que, selon les circonstances, des examens détaillés des documents soumis par l'entreprise. Par contre, les examens des processus de l'entreprise et du système de contrôle interne ainsi que des questions et d'autres actions de vérification en vue de découvrir des délits ou d'autres violations de la loi n'ont pas fait l'objet de cette révision.

Lors de notre révision, nous n'avons constaté aucun fait qui nous fasse conclure que les comptes annuels ne sont pas conformes à la loi et aux statuts.

Aarau, le 15 février 2013
thv SA

Rolf Kihm
Réviseur en chef des comptes
Expert réviseur autorisé
Expert comptable diplômé

Jörg Knecht
Expert réviseur autorisé
Expert comptable diplômé

Herzlichen Dank an
Nous remercions très sincèrement

AEW ENERGIE AG
Mitglied der aspo